

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonntags.
Preis vierteljährlich durch
den Postbezogen 1,20 Mk.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6462.

Der Proletarier

Kupferpreis:
50 Pf. für die 3 gepalt.
Beitragblätter.
Geschäftsanzeigen werden
nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 55815 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey.
Druck von G. H. S. Meißner & Co., Halle in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Redaktionslokal: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistr. 7. 2. St. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002

Will die Arbeiterschaft Überstundenarbeit leisten?

Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind sonderbare Menschen. Sie wollen nicht den Achtstundentag, nein, sie wollen zehn, zwölf und mehr Stunden arbeiten. Sie wollen wöchentlich nicht sieben Schichten sich abquälen, sondern möglichst viele Überstunden dazu. So sagen die Unternehmer — von einigen Ausnahmen abgesehen —, so sagen auch die dienstbeflissenen Spindler, und so steht es in der Unternehmerpresse. Ist diese Behauptung richtig? Nein. Es dürfte überhaupt keinen Menschen geben, der Lust hätte, sich zu Tode zu arbeiten.

Haben nicht die aus Afrika mit Gewalt herangeschleppten Neger sich geweigert, in den Bergwerken und auf den Plantagen Amerikas zu arbeiten? Hat es nicht dieferhalb Nord und Süd gegeben? Und da schrieben unsere „bürgerlichen“ Geschichtsschreiber, die Neger seien ein faules Volk. So schrieben sie aus Unkenntnis oder auch im Interesse des mörderischen Neukolonialismus der damaligen Zeit.

Weshalb nun haben die Neger sich geweigert, zu arbeiten? Weil sie empfanden, daß die neue Arbeitsweise für sie persönlich unnützlich, also sinnwidrig sei. Sie arbeiteten selber soviel, als zur Erhaltung ihrer Existenz notwendig war. Sie nahmen, was die Natur ihnen bot. Wozu also jetzt auf einmal die Quälerei? Wozu sich den ganzen Tag in ein Bergwerk sperren lassen, wo keine Sonne hinkommt? Sie, die Neger, wußten nicht, daß andere Menschen da waren, für die sie arbeiten sollten: die Unternehmer mit ihrem ganzen Anhang.

Die Arbeiterschaft von heute weigert sich nicht, zu arbeiten. Aber sie hat auch keine Lust, sich für eine spaziergehende Kaste zu Tode zu arbeiten. Und wenn dieses Bestreben scheinbar vorhanden ist, so müssen ihm doch ganz bestimmte Ursachen zugrunde liegen. Und so ist es auch. Die Ursachen für die teilweise Geneigtheit der Arbeiterschaft zu endloser Arbeitsqual liegen im Wirtschaftssystem und werden von den prominenten Nutznießern dieses Systems noch künstlich geschaffen. Ein solcher künstlich geschaffener Grund, aus dem sich die Bereitwilligkeit der Arbeiterschaft ergibt, über ein Normalmaß von Arbeitszeit hinaus zu arbeiten, ist die wirtschaftliche Notlage, also zu niedriges Einkommen. Noch deutlicher ausgedrückt: das Unternehmertum jeder Art hat das intensive Bestreben, einen immer größeren Anteil vom Ertrag der Arbeit in seine Tasche zu stecken. Daraus wiederum ergibt sich das Bestreben der Unternehmer, den Lohn für die Arbeiter möglichst niedrig zu halten. Aus dem niedrigen Einkommen erwächst dann logischerweise die Bereitwilligkeit, d. h. unter gewissen Umständen die unbedingte Notwendigkeit, das zu niedrige Einkommen durch Überstunden- und Überstundenarbeit zu erhöhen. Womit das Überstundenwesen selbstverständlich nicht gerechtfertigt ist.

In der Regel ist das Überstundenwesen dort vorherrschend, wo die Arbeiterschaft gar nicht oder verhältnismäßig unzureichend organisiert ist. Dadurch befindet sie sich dem Unternehmer gegenüber im Nachteil, und sie ist selbst bei günstiger Konjunktur nicht imstande, den Lohn auf eine Höhe zu bringen, der für die Familie eine menschenwürdige Existenz gestattet. Das Manko im Einkommen muß also durch Überstundenarbeit ausgeglichen werden. Daß der Unternehmer bestrebt ist, den Lohn so niedrig wie möglich zu halten, ist ja schließlich selbstverständlich, aber ebenso selbstverständlich mußte das entgegengesetzte Bestreben bei der Arbeiterschaft sein.

Aber nicht nur der niedrige Lohn ist Ursache der Überstundenwirtschaft. Vielleicht ebenso bestimmend hierfür ist die soziale Verfaßtheit und die mangelnde proletarische Solidarität eines Teiles der Arbeiterschaft. Diese Eigenschaften werden in der Regel zu finden sein bei jenen Arbeitern, die einer gewerkschaftlichen Organisation nicht angehören. Selbst wenn diese Arbeiter bei normaler Arbeitszeit, also bei 48 Stunden in der Woche, ein auskömmliches Einkommen haben, sind sie mangels sozialer Gesinnung bereit, jederzeit Überstunden zu machen, obwohl große Massen Arbeitsloser vorhanden sind. Und selbst dort, wo soziales Verständnis vorhanden ist, fehlt sehr oft das entsprechende Handeln, wenn nicht ein entschlossener Mahner auftritt. Es muß deshalb das Bestreben der — sagen wir offen — besseren Elemente sein, ihren Einfluß geltend zu machen auf jene, die nie genug Überstunden kriegen können. Die proletarische Solidarität, die proletarische Ehre muß, wo nicht vorhanden, geweckt, und wo schwach entwickelt, gefördert werden. Die Arbeiterschaft muß also willig und bereit gemacht werden, zugunsten der arbeitslosen Klassengenossen und deren hungernden Kinder der Überstundenarbeit möglichst Widerstand entgegenzusetzen. Wir denken in diesem Falle natürlich nicht an jene vereinzelten Ausnahmen, bei denen es sich um Verhinderung von Gefahren für Leben und Gesundheit von Menschen oder um Gefahren für den Betrieb selbst handelt, die es abzuwenden gilt.

Solange die Arbeiter oder die Arbeiterinnen im Betriebe stehen, ihr regelmäßiges Einkommen haben, machen sie sich keine Gedanken über die Folgen des Überstundenwesens. Erst wenn sie selbst arbeitslos sind, kommen ihnen die ungeheuren Gefahren und Nachteile der Überarbeit für die Arbeiterschaft zum Bewußtsein, denn nunmehr werden die Folgen gefühlt.

Daß die Arbeitslosigkeit nicht mehr ganz verschwinden wird, solange die gegenwärtige Regelung der Arbeitszeit bestehen bleibt, kann man mit ziemlicher Sicherheit annehmen. Denn während früher die freie Konkurrenz bei jedem technischen Fortschritt für niedrigere Preise sorgte, deren Folge erhöhter Warenumsatz und neue Produktionsmöglichkeiten waren, haben wir heute die organisierte Preisdiktatur. Die Trusts haben es in der Hand, etwa bei halber Produktionshöhe den Preis zu verdoppeln und so den gleichen Gewinn wie vorher auszuschütten. Außenseiter, Konkurrenten, die den Preis drücken würden, sind ja nicht mehr vorhanden. Hieraus erwachsen Gefahren für die Arbeiterschaft und für die Gesellschaft. Deshalb kann es unseres Erachtens nicht Aufgabe einer weitschauenden Staatsverwaltung sein, von sich aus und durch ihre untergeordneten Organe dem Über-

Und immer wieder Organisationszerstörer.

Das „Zentralkomitee der KPD, Sekretariat (Gewerkschaften)“, Berlin, verschickte mit Datum vom 10. Dezember 1926 „an die Fraktionen“ im Fabrikarbeiterverband und im Reichlichen Bund“ ein Rundschreiben, „Gewerkschaftswahlen“ betreffend. Die Menschen mit den zwei Seelen in ihrer Brust, die Zellenfunktionäre, erhielten mit diesem Rundschreiben Referentenmaterial (Dreckschleuder. Die Red.) zum Zwecke der Beeinflussung der Mitgliedschaft im Sinne der KPD, um bei den Neuwahlen der Ortsverwaltungen, Branchleitungen und Betriebsräte wahlen die Leute vorzuschleiben, die überall und zu jeder Zeit politisch kommunistisch handeln. Nur Leute, deren Geist lediglich im Bannkreis der Moskauer Hypnose zu jappeln fähig ist, sollen unsere Organisation führen und leiten. Da würde freilich jede vernünftige Gewerkschaftsarbeit aufhören.

Die KPD-Zentrale fordert ihre Gewerkschaftszellenleitungen auf, nach den Wahlen zu berichten, wie viele Gewerkschafter und wie viele „von unsere“ Leute, d. h. KPD-Leute, gewählt worden sind. Diese Willkür in den Gewerkschaften bezeichnet die KPD-Zentrale „als die wichtigste Arbeit in unserer gesamten Tätigkeit“.

Nach dem Referentenmaterial haben die KPD-Zellenmänner in den Gewerkschaften den Mitgliedern klarzumachen, daß der Fabrikarbeiterverband gegen die Rationalisierungsmaßnahmen noch keinen ernsthaften Kampf geführt hat. Daß die KPD gegen die Rationalisierung auch noch nichts getan hat als geschimpft, tut natürlich nichts zur Sache. Die Demagogie, mit der die Arbeiter in den Glauben versetzt werden, als könnte man den technischen Fortschritt bekämpfen, ist ja zu dumm.

Daß der Fabrikarbeiterverband „in diesem Jahre keine ernsthaften und energischen Schritte zur Erhöhung der Löhne durchgeführt“ hat, steht gleichfalls in diesem KPD-Referentenmaterial. Daß man mit solch verlogenem Geschwätz die unerfahrenen Mitglieder aus dem Verbands treibt, tut dem Einheitsfrontgeschrei keinen Abbruch. Auch in der Arbeitszeitfrage hat der Verband nichts getan. Warum aber auch die Kommunistische Partei so gar nichts im Interesse der Arbeiter tut, geht niemand was an. Es ist schon genug, wenn sie versucht, die gewerkschaftlichen Organisationen zu zerstören durch ihre unwahre Heße. Von den Kämpfen, die der Verband geführt hat, verrät die KPD in ihrer russischen Ehrlichkeit kein Wort. Mit unübertrefflicher Borniertheit führt der Verfasser des Referentenmaterials dann aus:

„Gegenüber der ungeheuren Verfristung, wie sie besonders in der gemischten Industrie vorliegt, und die den Verband vor ganz neue Aufgaben stellt, ist von seiten der Verbandsleitung nichts geschehen.“

Wenn die KPD nicht so jämmerlich heruntergekommen wäre, würde sie natürlich wieder so einen kleinen Puff machen, wie zu Zeiten des kommunistischen „Industrieverbandes“ seligen Andenkens. Dann könnte sie doch wieder einige tausend Gemäßigtere als Erfolg aufweisen.

Daß der russische Chemiarbeiterverband noch nicht in die Fabrikarbeiterinternationale aufgenommen wurde, ist — nach dem Referentenmaterial — auf den Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes zurückzuführen, nicht etwa darauf, daß der russische Chemiarbeiterverband einer anderen Internationale angehört als wir, die wir von der Moskauer Internationale als Gebe und Verräter beschimpft werden.

Daß der „Proletarier“ schmutzige Artikel gebracht hat, soll in Hinblick auf die tägliche Schlammflut in der KPD-Presse wohl nur ein gelungener Witz sein.

Das ist so ungefähr der trostlose Inhalt des Referentenmaterials. Man merkt ihm aber doch sofort an, daß die Indianer- und Tomahawkstimme wie einst im Mai nicht mehr vorhanden ist. Die gewerkschaftliche KPD-Zentrale ist mächtig zahm geworden. Allerdings gibt es heute nicht mehr so viele Leute wie damals, die der KPD-Zentrale noch etwas glauben. Trotz alledem müssen unsere Kollegen, auch jene, die politisch zur KPD gehören, die auf verantwortlichem Posten stehen, jeden Eingriff der KPD selbst in das Tätigkeitsgebiet unseres Verbandes zurückweisen. Weiß die KPD nicht mehr, was sie tun soll, so mag sie sich begraben lassen. Unseren Verband soll sie jedoch nicht auseinanderheben. Unser schon lieber heraus aus dem Verband mit den Zellenbauern.

Bericht

über den Kongreß der Werkstätigen?

Die Kommunistische Partei versucht in die Gewerkschaftsversammlungen Berichterstatter über den Kongreß der Werkstätigen hineinzubugstern. Auch in verschiedenen Zahlstellen unseres Verbandes haben Vertreter der KPD. Anträge eingebracht, einen Bericht über den genannten



Vermeidet
Überstunden
denk an die
Arbeitslosen!

Stundenwesen Vorschub zu leisten oder es gar gesehlich zu sanktionieren. Eine Regierung muß in erster Linie gerade in dieser Frage von sozialen Gesichtspunkten sich leiten lassen. Sie kann ja unmöglich wünschen, daß angesichts des technischen Standes unserer Produktionsmittel, angesichts der Verfristung und der Preisdiktatur, angesichts der ungeheuren Zahl der Arbeitslosen und angesichts der für die Erwerbslosenunterstützung aufzuwendenden Geldsummen eine solche Arbeitszeitemiwirtschaft bestehen bleibt, wie wir sie kennen.

Aber auch von den Unternehmern könnte man verlangen, daß sie sich allmählich von ihrem Urgroßväterstandpunkt lösen, der als Ideal eine möglichst lange Arbeitszeit ansieht. Die wirklich voraussetzungslose Wissenschaft hat längst nachgewiesen, daß eine kürzere Arbeitszeit nicht zum Nachteil der Wirtschaft sich auswirkt. Mag sein, daß unser Unternehmertum fortschrittlichen Gedanken noch nicht zugänglich ist. Dann müssen eben die Wege zum Ziel anders laufen, als sie hätten laufen können.

Für die Arbeiterschaft ist es ganz selbstverständlich, daß sie in erster Linie und im eigenen Interesse das Überstunden- und Überstundenwesen bekämpfen muß, schon mit Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeitenden selbst, denn es steht fest, daß lange Arbeitszeit die Gesundheit schädigt und die Unfallgefahren erhöht. Dann aber muß die Arbeiterschaft sich gegen das Überstundenwesen wenden aus Rücksicht auf die eigenen Klassenangehörigen, die dem Elend preisgegeben sind. Außerdem liegt eine kurze Arbeitszeit im Interesse der Familie. Es kann deshalb vom allgemeinen kulturellen Standpunkte aus für die Arbeiterschaft gar nichts anderes geben, als für die Befreiung der Überarbeit einzutreten und in den und mit den Gewerkschaften auf Behörden und Unternehmer in diesem Sinne einzuwirken.

Kongress entgegenzunehmen. In einigen Jahrestellen ist auch ein entsprechender Beschluß zustande gekommen. Deshalb sei hier kurz dargelegt, was die Drahtzieher des Kongresses und der Berichterstattungskampagne sind, was der Rummel bezweckt und wie wir uns zur Sache selbst zu verhalten haben.

Wer hat den Kongress einberufen, oder wer ist der Inspirator desselben? Für den Kenner bestand darüber von Anfang an kein Zweifel, daß niemand anders als die Kommunistische Partei der Macher sei. Die Kommunistische Partei hat den Kongress eingeleitet, vorbereitet und betreibt jetzt die Auseinanderorganisation der Arbeiter auf dem neuen Wege der „Berichterstattung“. Die KPD. hat gesehen, daß sie mit ihrer Gründung von neuen Gewerkschaften und mit deren tölpelhaften Leitung nicht zum Ziele kommt. Die KPD., die in ihren Reihen keinen Widerspruch duldet, die jeden, der eine Opposition gegen den jeweiligen Tageskurs mag, aus Amt und Partei hinauswirft, organisiert fortgesetzt die Opposition in den Gewerkschaften. Auch der Kongress der Werkstätten und die jetzigen Versuche in den Jahrestellen der Gewerkschaften, über diesen Kongress Berichte erstatten zu lassen, ist nichts anderes, als die erneute Organisierung einer Opposition und einer Desorganisierung, d. h. Zerstörung der Gewerkschaften. Daß es hierbei nicht ohne Unehrlichkeit abgeht, wird niemanden wundern. So heißt es in der „Roten Fahne“ Nr. 273 vom 5. Dezember 1926,

„daß der Kongress der Werkstätten keine kommunistische Parteiveranstaltung ist“,

während die „Rote Fahne“ Nr. 274 vom 7. Dezember 1926 schreibt:

„Die Inflation zur Einberufung des Kongresses ging von der kommunistischen Partei aus.“

Welche praktische Arbeit hat denn eigentlich der Kongress geleistet? Gar keine, denn die dort gehaltenen Reden dienten alle dem gleichen Zwecke: Diskreditierung der in der wirklichen Arbeiterbewegung führenden Personen, Diskreditierung all dessen, was gewerkschaftliche vernunftgemäße Wirksamkeit heißt, Herunterreibung und Beschimpfung all dessen, was nicht KPD.-Lehre ist. Wessen Charakter es nicht zuläßt, Mutankfälle zu markieren, der ist ein Verräter, ein Feigling u. s. w. Über dieses widerliche Geschimpfe, wie es sich tagelang in geistloser Weise auf dem sogenannten Kongress der Werkstätten abspielte, hat, soll nun in unseren Mitgliederversammlungen Berichterstattung werden?

Der „Kongress der Werkstätten“ hat schnell Landesanzschlüsse eingeleitet, d. h. die KPD. ist dieser jeweilige Landesanzschluß selbst. Von hier aus soll dann die Wahlarbeit in den Gewerkschaften betrieben werden. Wer sich hierzu hergibt, der hat in den Gewerkschaften nichts zu suchen, wenn ihm nicht mildere Umstände wegen mangelnder Intelligenz zugebilligt werden können. Es wäre geradezu ein Stück aus dem Tollhaus, wenn wir die Unfähigkeit so wohl freiben würden, daß die Beauftragten der KPD. innerhalb unseres Organisationsrahmens ihr Zerstörungswerk vollführen könnten. Wer für die KPD. Unfug treiben will, der mag es tun auf eigene Rechnung und Gefahr, jedenfalls aber nicht innerhalb unseres Verbandes. Unser Verband darf nicht zum Sammelpfad geistig Enggleistler werden, oder für Leute, die in dem Wahne leben, das begreifen zu haben, worüber sie in höherem Auftrage reden. Wo Schluß mit dem Unfug, daß ansehende Organisationen sich in unserem Verbands breit machen.

Wer steht hinter der Werksgemeinschaft?

Der Nationalverband deutscher Gewerksverbände, der Vorstand des heutigen Reichsverbandes vaterländischer Gewerksvereine, befaßt sich von Zeit zu Zeit mit der Öffentlichkeit mit seiner Anpreisung der vaterländischen Verbände. Die Arbeitgeberverbände propagieren teils heimlich, teils ganz offen, die Werksgemeinschaft. Was in der Vorkriegszeit die Gelben waren, sind heute die vaterländischen Verbände. Sehr ungeheuer sind die Gelben über die Verhältnisse des Reichstages bei Beratung des Knappschaftsgesetzes, wonach die Mitglieder der Betriebsorgane aus der Vorkriegszeit der wirtschaftlichen Organisationen gewährt werden. Im § 84 des Knappschaftsgesetzes wird gesagt:

Wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitnehmern im Sinne dieses Gesetzes sind solche Verbände, die einem Gesamterwerb angehören, der als Berufungsbegriff für den Vorkriegszeit Reichswirtschaftsakt anerkannt ist.“

Nach diesem Beschluß sind die vaterländischen Gewerksvereine aus den Verbandsorganen ausgeschlossen. Um rühmlich, Schriftleiter der Arbeitgeberzeitungen und die Syndikate der Arbeitgeberverbände bemühen sich, den Werksgemeinschaften zu fördern. Werksgemeinschaften schließen wie Pilze aus der Erde hervor, die ganz auf die Melodie der Vorkriegszeit eingestellt sind, den Gewerkschaften das Lebenslicht auszublasen. Aber die Gewerkschaften haben die schwerste aller Wirtschaftskrisen überstanden, sie sind gefestigter denn je und ziehen immer mehr neue Aufgaben in ihren Wirkungskreis ein.

Die Unternehmer sind schlechte Psychologen, wenn sie glauben, die Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit durch solche Mittel verfeinern, die Arbeiterchaft näher an das Unternehmertum bringen zu können. Man arbeitet lieber hart an diesem Werke und hat besonders im Bereiche des rheinisch-westfälischen Industriegebietes damit begonnen, Oefang- und Lurnvereine, auch Fußballklubs gegründet. Die Werksgemeinschaften stellen Fußballplätze zur Verfügung, um die Arbeiter zu gewinnen. Wohlfahrtsvereine auf vielen Gebieten sollen dazu beitragen, die Gedanken der Werksgemeinschaft vorwärts zu treiben. So sind viele unedle Kräfte in Bewegung, die armen ausgebeuteten Proletariat zu einer Kampfruppe gegen die eigenen Klassengenossen zu machen. Aber die Zahl der Nummen ist gegenüber der Vorkriegszeit geringer geworden. Versprechen ziehen heute nicht mehr. Die Arbeiter wollen Fakten sehen. Sie sind in der Kriegszeit und in der Inflation zu sehr ausgebeutet und betrogen worden. Der letzte Spargroschen ist den Armlen unter der Hand weggestohlen worden, und die famose Arbeitszeit- und Lohnpolitik der Arbeitgeberverbände hat manchem Arbeiter die Augen geöffnet. Die Klassengegensätze haben sich gegenüber der Vorkriegszeit erheblich verschärft. Darüber helfen gelbe Weibchen nicht hinweg.

Wer sträubt sich gegen einen weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung?

Wer tritt ein für überlange Arbeitszeit?

Wer sträubt sich mit Händen und Füßen gegen eine Erhöhung der Löhne?

Antwort: Die gelben Leute, die landauf, landab die Werksgemeinschaft predigen, die Unternehmer, zusammengeschlossen im Reichsverband der deutschen Industrie.

Wer verhindert teilweise die Anwendung des Betriebsrätegesetzes in den Betrieben?

Wer hat sich gegen die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte gewehrt? Das sind wiederum dieselben Leute. Wer dauernd die Arbeiterchaft bekämpft, kann in der Werksgemeinschaft nur ein Mittel zum Zweck sehen, seine Ziele zu verwirklichen. Die Herren Arbeitgeber könnten dann Fußball mit den Interessen der Arbeiter spielen. Vor nicht langer Zeit hat im Reichsarbeitsministerium Herr von Bruch bei den Auseinandersetzungen über die Tariffähigkeit erklärt:

Zwischen mir und meinen Leuten besteht eine Gemeinschaft auf Leben und Tod.

Die Vorgeschichte, die zu dieser Äußerung geführt hatte, bestand darin, daß Herr von Bruch sich dem Tarifvertrag entziehen wollte, und zu diesem Zwecke ist eine Werksgemeinschaft gegründet worden, also, Werksgemeinschaft ist nur Mittel zum Zweck.

Auf der Tagung der Deutschen Industriellen Vereinigung führte Direktor Alfred Müller aus:

„Vor allem können wir heute mit Befriedigung feststellen, daß der Werksgemeinschaftsgedanke, der noch vor zwei Jahren belächelt und als unzeitgemäße Utopie abgetan wurde, in der gesamten deutschen Wirtschaft Anerkennung findet.“

Welche Selbsttäuschung! Auch in der Vorkriegszeit waren es keine überzeugten Anhänger, die sich auf den Boden der Werksgemeinschaft gestellt haben. Es waren fast durchweg gekaufte Elemente, die gegen fortwährende Unterstellungen ihre Gefinnung preisgaben und es verstanden haben, eine Anzahl Denkmäler an ihren Karren zu spannen, die rücksichtslos der Ausbeutung des Unternehmers preisgegeben waren. Die Mitglieder solcher Werksgemeinschaften haben keinen eigenen Willen. Sie sind Marionetten in der Hand Missener. Auf Leben und Tod mit dem Arbeitgeber verbunden. Leute, die bereit sind, den Unternehmern aus der Hand zu fressen, werden nie die Wirtschaft beherrschen. So will man durch die Gründung von Werksgemeinschaften auf bezirklischer Grundlage eine völlige Entfremdung und Entrechtung der Arbeitnehmer durchführen. Selbst die „Kölnische Zeitung“, die nicht im Geringsten die Gewerkschaftspolitik zu verteidigen, schrieb am 11. April d. J.:

Der Werkverein, der im Betriebe vorsetzt und dessen Leitung nur aus Betriebsangehörigen besteht, die zwar dem Unternehmer als freie Vertragspartner entgegenzutreten möchten, aber selbstverständlich von ihm durch Arbeitsvertrag abhängig sind und ihn als Vorgesetzten respektieren müssen, kann jederzeit (schon) aufgelöst oder geschlossen werden. Nur die überbetriebliche, von den Mitgliedern besetzte, zu einem Unternehmer nicht im Dienstverhältnis stehende Gewerkschaftsleitung kann wirklich als offener Verhandlungspartner auftreten.“

Und Professor Heyde schrieb am 14. Januar d. J. in der „Sozialen Praxis“:

Aber, um Schlogworte nie verlogen, unnebeln gewisse Kreise die gutwilligen Wohlwollen, die vom Fach nichts verstehen, aber die Sozialpolitik für ein Feld halten, auf dem jeder mitreden könne, mit einer neuen Propaganda, die in der Verherrlichung der „Werksgemeinschaft“ gipfelt. Gerade weil wir alle eine wahre Werksgemeinschaft wollen, ein verständnisvolles, auf starker

und menschenfreundlicher Führung wie auf freiwilliger Unterordnung und legaler Beteiligung der Geführten an der Ordnung der Arbeitsverhältnisse beruhen. Zusammenwirken, muß das Schlagwort von der Werksgemeinschaft bekämpft werden, hinter dem der Wunsch nach Ausschaltung der Gewerkschaften und nach einer atomisierenden Betriebsautokratie, gedeckt durch das Feigenblatt bedeutungsloser Betriebsräte, steht.“

Den Gedanken der Werksgemeinschaft, wie sie von den Arbeitgebern gegengärtig propagiert werden, müssen die Gewerkschaften aller Richtungen mit aller Schärfe entgegenzutreten. Wir brauchen keine Vorkämpfer und Berater aus jenen Kreisen, die uns in ihrem Inneren hassen und als gleichberechtigt in der Wirtschaft und im Staat nicht anerkennen wollen. In ganz Deutschland haben zahlreiche Arbeitgeberorganisationen, auch unzählige Einzelarbeitgeber, die Waffe der Werksgemeinschaft gegen uns erhoben. Die Zukunft wird lehren, daß die unabhängige deutsche Gewerkschaftsbewegung in diesem Kampf gegen die gelbe Pest siegreich sein wird. P. Hertwig.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Grundlegende Änderungen der Linoleumproduktion!

Die Mehrzahl der deutschen Linoleumfabriken hat sich bekanntlich unter der Firma „Deutsche Linoleumwerke A.-G.“ zusammengeschlossen. Dazu gehören die Bremer Linoleumwerke Delmenhorst-Schlüsselmarke mit dem Zweigwerk in Rönpenick, Delmenhorster Linoleumfabrik Delmenhorst-Ankermarke mit dem Zweigwerk Neukölln, Deutsche Linoleumwerke Delmenhorst-Hansa, Germania-Linoleumwerke A.-G. Viefelheim mit dem Zweigwerk Velten bei Berlin und Linoleumfabrik Maximiliansau (Rheinpfalz).

Außerhalb dieses Trustes steht nur das Linoleumwerk Biedburg im Rheinland.

Der Zusammenschluß wurde vorbereitet durch Erwerbung großer Aktienpakete durch das Delmenhorster Werk Schlüsselmarke. Die Gesellschaft hat beim Zusammenschluß ihr Aktienkapital noch erhöht und existiert als Dachgesellschaft (Holding-Gesellschaft) weiter. Ihren Betrieb hat sie der Linoleum-A.-G. verpackt. Als führende Fabrik fungiert die frühere Germania-A.-G. in Viefelheim, deren Betriebe ganz erheblich erweitert sind.

Durch Austausch der Patente und Produktionsverfahren soll eine Verbilligung des Linoleums herbeigeführt werden. Nach dem Zusammenschluß war trotzdem eine erhebliche Preissteigerung zu verzeichnen. Wenn die Verbilligung sich nur in der Form auswirkt, daß die damals vorgenommene Preis-erhöhung wieder abgebaut wird, läuft das auf eine Irreführung der Öffentlichkeit hinaus.

Jetzt wird bekannt, daß die Rationalisierung so weit vorbereitet ist, daß mit der Durchführung begonnen werden kann. Dabei ist vorgesehen, daß Stapelware (einfarbig, Granit- und Korh-Linoleum) in allen Farben und Stärken nur an einer Stelle je im Norden und Süden Deutschlands hergestellt werden soll. Neben der vereinfachten Erzeugung sollen dadurch auch Frachten erspart und dadurch der in Aussicht gestellte Preisabbau ermöglicht werden (?).

Aus den Veröffentlichungen ist nicht zu ersehen, daß die Linoleumindustrie in Zukunft nur Einheitsware herstellen und auf Spezialmuster verzichten will. Trotzdem heißt es, daß durch die Neuordnung der Produktion auch die Möglichkeit eingeschränkt wird, stehgewordene Marken in bisherigem Umfang zu beziehen. Dafür will die neue Gesellschaft aber nur allen Anforderungen entsprechende Qualitätsware herstellen.

Die Gesellschaft hat eine eigene Vertriebsorganisation für ihre Produkte ins Leben gerufen. Dieser Vertriebsorganisation gehört auch die J.-G.-Farbenindustrie-A.-G. mit ihrem Werk Dänenberg, wo sogenanntes Prisma-Linoleum hergestellt wird, an. Diese Maßnahme widerspricht einer früheren Mitteilung, wonach die J.-G.-Farbenindustrie das Prisma-Linoleumwerk Dänenberg an die Linoleum-A.-G. abgetreten haben sollte.

Papier-Industrie

Soziale Rückständigkeit.

Die Unternehmer der deutschen Papiererzeugungs-Industrie fordern bekanntlich immer noch trotz aller Rationalisierung die Einführung der zehn- und zwölfstündigen Arbeitszeit. Diese soziale Rückständigkeit der deutschen Papiererzeugungs-Industriellen kennzeichnet treffend Friedrich von Höfke in

Unser Gewichtssystem.

Es ist seit dem Jahre 1868 in Deutschland das Gewichtswesen einheitlich geregelt. Früher hatte jeder Handelsstaat sein eigenes Maß und Gewicht. Im Jahre 1875 wurde dann der Versuch unternommen, Maß und Gewicht international festzulegen. Es wurde ein internationales Komitee gegründet, dem wieder eine alle sechs Jahre folgende Generalkonferenz vorsteht. Nur langsam haben sich die einzelnen Reichsteile zu der einheitlichen Regelung begeben. So ist zum Beispiel China im Jahre 1908, Japan, Siam und Siam im Jahre 1921 gelang.

Deutschland bezieht in der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (Platzierung 1 für Maß und Gewicht), Berlin, eine Behörde, welche die gesetzlichen Bestimmungen im Maß- und Gewichtswesen zur Durchführung bringt und Weiterentwicklung desselben fördert. Inzwischen 22 Landesbehörden und eine große Anzahl Städte- und Kreisbehörden sorgen für die praktische Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen, deren Überleitung von den einzelnen Behörden besteht.

Die Grundeinheit des Gewichtes ist bekanntlich das Kilogramm (kg), welches gleich ist dem Gewicht eines Kubikdezimeter reinen Wassers, das eine Temperatur von 4° Celsius besitzt. Die im Handel üblichen Gewichtsbegriffe sind: Tonne (t) gleich 1000 kg, Doppelzentner (dz) gleich 50 kg, Zentner (z) gleich 50 kg, Kilogramm (kg) gleich 1000 Gramm, Halbkilogramm (hg) gleich 500 Gramm, Gramm (g) gleich 1000 Milligramm (mg).

Zur Gewichtsfeststellung bedient man sich schon seit langer Zeit der Waagen und Schemeln. Von den Waagen, welche mit der fortschreitenden Technik immer mehr verbessert werden, gibt es verschiedene Systeme und von diesen wieder eine große Zahl verschiedener Bauarten. Die wohl am meisten benutzten sind die Balken-, die Tafel-, die Digital- und auch die verschiedenen Arten der Laufwaagen. Die Balkenwaagen werden fast zum Zweck angepaßt. Während der Laborant und Apotheker mit einer Balkenwaage arbeitet, die er mit Milligramm beschriftet, finden in den Handelbetrieben schon die Laufgewichtswaagen von 100 000 Kilogramm Tragkraft Verwendung.

Bei den Gewichten, welche aus verschiedenem Material, wie Kupfer, Messing, Porzellan oder Glas hergestellt werden, sind folgende Größen vorgeschrieben:

- 1, 2, 5, 10, 20, 50, 100, 125, 200, 250 und 500 Gramm;
- 0,5, 1, 2, 5, 10, 20 und 50 Kilogramm.

Es gibt hohle und volle Gewichte. Die ersteren werden bei der Nachprüfung, sobald sie unter der gesetzlichen Festlegung zu leicht sind, geöffnet, neu gefüllt und mit einem Protopfen verschlossen, welcher aus einer Drei- und Innenschicht hergestellt ist. Auf den Protopfen wird dann zur Verstärkung der Gewichtsgenauigkeit der Prüfungsausschuss des betreffenden Eichamts geschlagen. Der Eichstempel D. R. P. 1/10 würde heißen: Deutsches Reich, Eichstempelbezirk 6, Eichamt 10. Volle Gewichte bis zu 20 Gramm werden, wenn sie zu leicht sind, nicht mehr benutzt, sondern kastriert. Die darüber hinaus werden ausgebohrt, mit etwas Schwefel gefüllt und mit einem Messingprotopfen verschlossen. Gewichte, welche nicht die gesetzliche Bezeichnung wie z. B. g oder kg aufweisen, werden zur Eichung nicht zugelassen, solche mit Bezeichnungen wie Pfund oder Zentner sind kastriert.

Auf Grund der Maß- und Gewichtordnung vom 30. Mai 1908 müssen alle im Handel benutzten Waagen unter 3000 kg Tragkraft, soweit sie nicht feststimmend sind, sowie alle Handels-gewichte alle zwei Jahre dem zuständigen Eichamt zur Nachprüfung vorgelegt werden. Auch die in der Landwirtschaft benutzten Waagen müssen, sobald landwirtschaftliche Erzeugnisse zum Verkauf an diesen gelangen, oder wenn das Dupikat an die landwirtschaftlichen Arbeiter nach Gewicht abgegeben wird, regelmäßig nachgeprüft werden. Wird bei einer behördlichen Kontrolle ein unvorschriftsmäßiges Waaggerät festgestellt, so wird der Besitzer zur Anzeige gebracht. Auf einer gesetzlichen Bestrafung wird auch noch auf die Befehlsgewalt des Eichamtes erkannt.

Sollen Waagen und Gewichte immer genau angeben, so ist es selbstverständlich erforderlich, daß sie dementsprechend behandelt werden. Die Waagen dürfen nicht Wind und Wetter ausgesetzt werden. Sie gehören in einen möglichst trockenen und nicht feuchten Raum. Man achte bei der Benutzung der Waage darauf, daß diese immer waagrecht steht. Dies trifft zu, wenn das am Ständer hängende Gewicht mit dem unteren Zeiger genau einstellt.

Auch die in der Landwirtschaft benutzten Hohlmaße (Müchmaß, Karböffelmaß) fallen unter die zweijährige Nachschlepppflicht. Bei den metallenen Hohlmaßen wird der Eichstempel eingeschlagen, bei den hölzernen waren eingestampft.

Ein Generalstreik vor 100 Jahren.

Daß es auch schon in alten Zeiten „politische“ „Sympathie“- und Generalstreiks gab, zeigt folgende Geschichte, die sich 1793 in Breslau abspielte. Ein ungarischer Schneidesehele hatte seinen Dienst früher verlassen, als die Junggeheile es gestatteten, und wurde dafür auf Befehl des Magistrats in Haft gesetzt. Die Schneidesehellen empörten sich gegen diese Maßregelung; auf dem Rathaus erschienen 15 Mitglieder und forderten die Freilassung des Ungarn. Aber sie wurden auch festgesetzt, und dasselbe Schicksal wurde einer Woodnung von 130 Gefellen zuteil, die nach dem Mißerfolg der ersten Delegation in noch viel schärferer Form für den Inhaftierten eintrat. Die Folge war nun ein regelrechter Sympathiestreik sämtlicher Handwerker Breslaus mit Ausnahme der Löpfer, die nicht mitmachen wollten, und der Brauer, denen es erlaubt war, zu arbeiten, damit die Strahlenden etwas zu trinken hätten. Die Unzufriedenen haben einige von den Gefangenen befreit, die Soldaten verhöhnt, eiserne Häuser demoliert. Man beschloß sogar einen Sturm auf das Rathaus und ließ das Militär einschreiten. Es gab 37 Tote und 44 Schwerverwundete, von denen 16 später starben. Als die Ruhe wieder hergestellt war, zeigte sich die Regierung aber äußerst entgegenkommend. Es wurde volle Amnestie gewährt, und die Schneidesehellen erlebten vom Magistrat Graf Heyne ihren Lohn für die Streiklage nachgezahlt. Die Gefangenen wurden auf Staatskosten mit militärischen Ehren bestraft, der ungarische Schneidesehele, den man in den ersten Streiktagen über die Grenze geschafft hatte, wurde zurückgeholt und dadurch wieder ehrlich gemacht, daß ihm im Namen des Ministers durch den königlichen Kammerreferendar Graf von Ramecke die Gesundheit und der Willkomm vor dem Oberamt im Bekleid seiner Kameraden getrunken wurde.“

seiner Geschichte über „Alle Papiermühlen der Rheinprovinz“...

In der 45. Fortsetzung in Nr. 51 des „Wochenblattes für Papierfabrikation“...

Die Arbeitszeit ging von morgens 5 Uhr bis nachmittags 6 Uhr mit zwei baldkündigen Pausen...

Diese Arbeitszeit, die zu Anfang des 17. Jahrhunderts üblich war, fordern die deutschen Papiererzeugungs-Industriellen...

Noch schärfer wird diese soziale Rückständigkeit erkannt, wenn man die Produktionsverhältnisse des 17. und 20. Jahrhunderts gegenüberstellt...

Einen Begriff von der heutigen Ausbeutung gewährt auch der Unterschied zwischen der damaligen und der heutigen Arbeitsweise...

Die Maschine hat eine Stiehbreite von rund 6 Meter, entsprechend einer beschnittenen Papierbreite von 5,5 Meter...

Damit ist die Entwicklung der Papiermaschinengeschwindigkeit und Produktionsfähigkeit noch lange nicht erschöpft...

Beachtet man weiter, daß zu Anfang des 17. Jahrhunderts den Handpapiermachern bei ihrer sehr gemächlichen Arbeitsweise noch fest umrissene Pausen gewährt wurden...

Die deutschen Papiererzeugungs-Industriellen können also zum erheblichen Teil für sich in Anspruch nehmen, daß sie sich in ihrer geistigen sozialen Auffassung noch in den Verhältnissen des 17. Jahrhunderts bewegen...

Eine einseitige Lohnfestsetzung für minderleistungsfähige Arbeiter durch den Arbeitgeber ist unzulässig.

Der Papierfabrik Fockendorf wurde ein schwerkräftiger Arbeiter von der Schwerkräftigenbeschäftigtenfürsorgestelle überwiesen...

Erst vor dem Gewerbegericht und nachdem der Schwerkräftigenbeschädigte bereits ein Jahr bei der Firma beschäftigt war, machte die Direktion den Einwand geltend...

Diese Auffassung ist richtig, nach den Bestimmungen des Bezirkslohnvertrages und des Gesamtarbeitsvertrages begründet und wird auch von den Tarifparteien...

Da der schwerkräftige Arbeiter für seine Tätigkeit den vollen Tariflohn beanpruchte, die Firma ihn aber nicht zahlen wollte...

und das Recht der tariflichen Schlichtungsinstanzen erst vor dem Gewerbegericht geltend gemacht.

Infolgedessen war die Klage des Schwerkräftigenbeschäftigten vor dem Gewerbegericht auch berechtigt, da von ihm nicht verlangt werden kann...

Das Verdamnisurteil vom 5. Oktober 1926 wird aufrechterhalten. Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 68,20 Mk. zu wenig gezahlten Tariflohn für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1926 zu zahlen...

Dieses Urteil ist rechtskräftig.

Entscheidungsgründe.

Das Gewerbegericht hält die Einrede der Beklagten, daß die Erledigung des Rechtsstreites durch ein Schiedsgericht zu erfolgen habe, für nicht durchgreifend...

Diese Voraussetzungen treffen weder für den Schiedsentscheid des § 16 noch für das Tarifamt des § 17 des Gesamtarbeitsvertrages zu; beide Stellen kennen einen unparteilichen Vorsitzenden nicht...

Der Kläger hat ausgeführt, daß er als Anstreicher dieselbe Arbeit in demselben Umfange wie seine Kollegen ausgeführt habe, so daß der Betriebsrat gleichfalls zu der Überzeugung kam...

Das Gewerbegericht ist aber zu der Überzeugung gelangt, daß auch die Anstreicher mehrerer Gutachter jetzt ein vollständig klares Bild nicht mehr zu bringen vermag...

Auf Grund des persönlichen Eindruckes von dem Kläger ist das Gewerbegericht zu der Überzeugung gelangt, daß er diese Anstreicherarbeiten, die er bereits früher ausgeführt hat...

Es erscheint daher billig und angemessen, da eine vertragliche Vereinbarung zwischen dem Kläger und der Beklagten wirksam nicht zustande gekommen ist, ihm den vollen Tariflohn zuerkennen (§ 315 BGB).

Die Kostenentscheidung beruht auf § 91 PPO. Durch dieses Urteil ist nachgewiesen, daß eine einseitige Lohnfestsetzung durch den Arbeitgeber bei minderleistungsfähigen oder scheinbar minderleistungsfähigen Arbeitern unzulässig ist...

Hoffentlich trägt dieses Urteil auch dazu bei, daß nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Vertreter der Bezugsstellen des Arbeitgeberverbandes in Zukunft derartige Streitfälle beschleunigt vor die Schlichtungsinstanzen bringen...

Nahrungsmittel-Industrie

Wer trägt die Schuld an den Unfällen?

Diese Frage haben wir in der Nr. 49 des „Proletarier“ für die Zuckerindustrie aufgeworfen. Heute wollen wir an zwei weiteren Beispielen zeigen, wo die gefährlichsten Stellen sind, wie Unfälle entstehen und wo die Schuld zu suchen ist.

Beim Auflegen eines Treibriemens erlitt in der Zuckerfabrik Wendessen der Arbeiter Hahnemann einen Unfall. Er erhielt einen heftigen Schlag gegen den Unterleib und mußte mittels Krankenautos dem hiesigen städtischen Krankenhaus zugeführt werden.

Weiteres erfährt die Öffentlichkeit über diesen Unfall nicht. Für sie ist er mit dieser kleinen Notiz erledigt. Es muß aber die Frage aufgeworfen werden, wie konnte der Arbeiter den Schlag gegen den Unterleib bekommen?

Aber einen weiteren Betriebsunfall, ebenfalls beim Riemenauflegen, in der Zuckerfabrik Uffingen liegt uns folgender Bericht vor:

In der hiesigen Zuckerfabrik erlitt der Arbeiter Huwe einen schweren Betriebsunfall beim Auflegen eines Riemens. Er wurde vom Maschinenmeister plötzlich zum Riemenauflegen gerufen. Nachdem er sich mit zwei Arbeitskollegen dreimal vergeblich bemüht hatte...

Allo wieder zwei schwere Unfälle bei einer Arbeit, vor deren Gefährlichkeit nicht genug gewarnt werden kann. Bei dem zweiten Unfall sagt uns der Bericht, daß jemand die Maschine ange stellt haben müsse, während H. dabei war, den Riemen aufzulegen...

dem zweiten Unfall sagt uns der Bericht, daß jemand die Maschine ange stellt haben müsse, während H. dabei war, den Riemen aufzulegen. Trifft das zu, dann muß die Frage aufgeworfen werden: Waren hier die nötigen Sicherungen getroffen, daß die Maschine nicht ange stellt werden konnte...

Da werden alle Vorkehrungsmaßnahmen aber nicht gelassen. Die Hauptsache ist nur, daß der Betrieb keine Minute länger stillsteht, als absolut nötig. Ist das Unglück eingetreten, dann sucht man einen Schuldigen, und man findet ihn, indem man Selbstversuchen der Arbeiter oder Schuld der Mitarbeiter konstruiert.

Zuckererzeugung im Betriebsjahr 1926/27. In Nr. 46 des „Proletarier“ brachten wir eine Notiz über die voraussichtliche Zuckererzeugung im Betriebsjahr 1926/27 auf Grund einer Vorschätzung des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie vom Oktober...

Die Zuckererzeugung, in Rohzuckerwert berechnet, soll nach der neuesten Schätzung 16 277 500 Doppelzentner betragen. Dies wurden nach der Oktobererschätzung 15 785 850 Doppelzentner angenommen. Die neueste Schätzung dürfte schon deshalb der Wirklichkeit mehr entsprechen, weil bei ihrer Aufnahme schon die meisten Rüben verarbeitet waren.

Die Gesamtzuckererzeugung wird demnach nach der letzten Schätzung die vorjährige Erzeugung um rund 200 000 Doppelzentner übersteigen. Die Ausbeute beträgt in diesem Jahre 15,25 Prozent gegen 15,48 Prozent im Vorjahre.

Die japanische Spielwaren-Industrie. Japan konnte schon in der Vorkriegszeit eine leistungsfähige Spielwaren-Industrie aufweisen. In der Statistik erscheint die japanische Spielwaren-Industrie 1913 mit 2,48 Millionen Yen...

Verschiedene Industrien

Table with 2 columns: Jahr, Gesamtausfuhr. Rows for 1913, 1916, 1918, 1920, 1921.

Infolge des vollständigen Verschwindens der Wettbewerber vom Weltmarkt erreichte die japanische Spielwaren-Industrie 1920 mit 21,18 Millionen Yen ihren Höhepunkt.

Die japanische Spielwaren-Industrie ist zum größten Teil Haus-Industrie. Die Beschäftigung von Arbeitkräften liegt also fast immer unter 10 Arbeitern im Betriebe.

Die „Deutsche Spielwarenzeitung“ gibt folgenden Bericht aus der amtlichen Statistik von 1923 über den Standort und die Produktion der japanischen Spielwaren-Industrie wieder:

Table with 4 columns: Provinz, Betriebe, Beschäftigte (männl., weibl.), Produktion in Yen. Rows for Tokio, Utsu, Kiofo, Osaka, Kanagawa, Yamagata, Andere.

Inhaltspunkte über die Zusammenfassung der Spielwarenproduktion nach dem verwendeten Material und über den Wert der Produktion gibt eine ältere Aufstellung des japanischen Industriebüros mit folgenden Angaben:

Table with 4 columns: Material, 1919, 1920, 1921. Rows for Zellhorn, Gummi, Holz, Metall, Papier, Anderes.

Diese Zahlen behandeln jedoch nur die eingeschlagenen Fabriken mit mehr als 10 Arbeitern. Die Gesamtproduktion wurde auf das

Einfache davon geschäft. Die Fabrikate entspringen im großen und ganzen denen anderer Länder. Deutsche Neuheiten, die nach Japan gelangen, werden außerordentlich oft von den dortigen Fabriken nachgemacht und relativ billig verkauft.

Die Deutschen, so fabriziert auch Japan Spielwaren vorwiegend für die Ausfuhr. Hauptabnehmer sind die Vereinigten Staaten, denen England, Britisch-Indien und Australien folgen. Nach dem Oriental Economist Yearbook betrug der Wert der Spielwarenausfuhr Japans (in Yen) nach Ländern:

Table with 3 columns: Länder, 1920, 1924. Rows include Verein. Staat, England, Indien, Australien, Insges. einschl. and. Länder.

Die japanische Spielwaren-Industrie hat ihre Ausfuhr im Vergleich zu 1913, trotzdem seit 1921 die europäische, vor allem aber die deutsche Konkurrenz wieder auf dem Weltmarkt erschienen ist, um das Vierfache gesteigert - ein Beweis, daß diese Industrie sich innerhalb 10 Jahren als beachtenswerte und leistungsfähige Konkurrenz am Weltmarkt entwickelt hat.

Wirtschaftliches.

Wirtschaftsgesundung und Massenkaufkraft.

Daß im Verhältnis zur technischen Leistungsfähigkeit der Industrie und gegenüber der relativ zurückstehenden Bedeutung des Exportes die Kaufkraft der breiten Massen im Inlande absolut unzureichend ist, das stellt mit verhärtetem Nachdruck die Industrie- und Handelskammer Berlin in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1926 fest.

So wichtig die Ausfuhrmöglichkeit für unsere Industrie ist, so spielt sie doch immer die zweite Rolle gegenüber dem Eigenbedarf unseres 63-Millionen-Volkes. Wessen Kaufkraft, insbesondere die der breiten Masse, blieb schwach. Sie wurde noch schwächer durch die so ungemein ausgedehnte Arbeits- und Erwerbslosigkeit.

Der neue Großhandelsindex des Statistischen Reichsamts.

Das Statistische Reichsamt gibt eine neue Berechnung des Großhandelsindex bekannt. Die bisherigen Berechnungen beschränken sich im großen und ganzen darauf, die Preise einiger wichtiger Warengruppen, hauptsächlich Rohstoffe und Lebensmittel, festzustellen. Namentlich wurden bei der bisherigen Berechnung die landwirtschaftlichen Produkte sehr stark berücksichtigt.

Internationale Arbeiterbewegung.

Spaltung in England?

In der Rubrik "Vermischtes" meldet der Daily Herald ohne besonderen Titel im Anschluß an eine "Wanderungsstatistik", daß die nationale gewerkschaftliche Widerbewegung (Kommunisten) in Großbritannien einen Plan für die Errichtung eines Bergarbeiterverbandes ausgearbeitet haben, der nur den einzelnen Mitgliedern unterbreitet werden soll.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Neuregelung der Bestimmungen über die Pfändung von Gehalt, Lohn oder ähnlichen Forderungen.

Der Beschäftigte des Gehalts bzw. des Lohnes gegen Pfändungen ergab sich bisher aus § 850 der Zivilprozessordnung, aus dem Gesetz betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnes vom 21. Juni 1869 und aus der Verordnung über Lohnpfändung vom 21. Juni 1919.

Das Reichsjustizministerium hat infolgedessen den Entwurf eines Gesetzes über die Pfändung von Gehalt, Lohn oder ähnlichen Forderungen ausgearbeitet und den Gewerkschaften zur Begutachtung unterbreitet. Die vorgeschlagenen veränderten Gesetzesbestimmungen sollen bei dieser Neuregelung vereinigt werden.

Das Reichsjustizministerium hat infolgedessen den Entwurf eines Gesetzes über die Pfändung von Gehalt, Lohn oder ähnlichen Forderungen ausgearbeitet und den Gewerkschaften zur Begutachtung unterbreitet. Die vorgeschlagenen veränderten Gesetzesbestimmungen sollen bei dieser Neuregelung vereinigt werden.

Gewerkschaftsregeln und Preisparlament.

Im Jahre 1926 ist auf Veranlassung sozialdemokratischer Arbeitervereine in Bayern ein Preisparlament der Arbeitervereine in Bayern abgehalten worden. In dem Preisparlament wurden die Gewerkschaften in Bayern tätig, wobei ein gewerkschaftlicher geschlossener Ministerialrat im preußischen Wirtschaftsministerium.

gewerkschaften nämlich auch noch an Hilfskräften, die sie bei ihrer Arbeit unterhalten können. Ferner fehlt es zur Zeit immer noch an Gelegenheiten zur Schöpfung eines gewerkschaftlichen Nachwuchses.

Von sozialdemokratischer Seite wurde deshalb im Januar 1926 dem Landtag ein Antrag unterbreitet, der folgende Forderungen enthält:

- 1. Anstellung weiterer Landesgewerkschaften;
2. Zulassung von Hilfsberufszweigen, um die Ausbildung von Gewerkschaften zu fördern;
3. Anstellung von Bureau-Hilfskräften und von Kräfte, die in Laboratoriumsarbeiten erfahren sind;
4. Veröffentlichung der Berichte der Landesgewerkschaften nach Art der Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten;
5. Anpassung der Dienstausgaben der Gewerkschaften an die Aufgaben und die Art der Tätigkeit der Landesgewerkschaften.

Leider hat der Antrag nicht das nötige Verständnis gefunden. Er wurde bei der Beratung des Staats für das Wohlfahrtsministerium dem Beamtenauschuss überwiesen. Auf dessen Vorschlag fand vor kurzem folgender Antrag die Zustimmung des Landtags:

Das Staatsministerium wird ersucht, nach Möglichkeit im Haushalt 1927 eine Vermehrung der Zahl der Landesgewerkschaften vorzunehmen und die für eine sachliche Arbeit notwendigen Hilfskräfte ihnen zur Verfügung zu stellen.

Der neue Etat sieht eine Änderung des bisherigen Zustandes nicht vor. Es ist selbstverständlich, daß bei seiner Beratung von sozialdemokratischer Seite wieder der Versuch gemacht werden wird, den Landtag für einen Ausbau der Einrichtung zur Förderung des Gesundheitszustandes der Arbeiterschaft zu gewinnen. Ein Antrag, der im allgemeinen dem im vergangenen Jahre gestellten entspricht, ist bereits den zuständigen Instanzen übermittelt worden.

Die moderne Industrie bildet eine so große Gefahrenquelle für die Arbeiterschaft, daß es dringend nötig ist, ausreichende Einrichtungen zur Bekämpfung dieser Gefahren zu schaffen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Streikbewegung in den staatlichen Betrieben der Sowjetunion.

Der Generalsekretär des Zentralkrates der Gewerkschaften der Sowjetunion, D o g a d o w, hat in seinem Bericht vor dem 7. Kongreß der russischen Gewerkschaften („Trud" vom 9. Dezember 1926 über diese Streiks wie folgt berichtet: Insgesamt sind im Jahre 1924 151 Streiks, im Jahre 1926 99 Streiks, in der ersten Hälfte 1926 58 Streiks in den staatlichen Betrieben verzeichnet worden; in bezug auf die Streiks im Jahre 1925 betont Dogadow ausdrücklich, daß kein einziger von diesen Streiks mit Unterstützung des Verbandes geführt wurde; dies ist wohl auch in bezug auf die Streiks in den Jahren 1924 und 1926 anzunehmen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Hamburg. Zu einer Feier hatte die Zahlstelle am Vormittag des 19. Dezember im festlich geschmückten Saale des Gewerkschaftshauses seine Verbandsjubiläum und deren Gattinnen sowie zahlreiche Gäste geladen. Die Festrede hielt unser Verbandsvorsitzender August Brep. Er führte aus: Orden und Ehrenzeichen sind in der Arbeiterbewegung nicht Brauch. Als Zeichen äußeren Dankes und der Anerkennung erhält jedes Mitglied, das 25 Jahre und länger dem Verbands treu bewahrt, eine Bezeichnung dieser seiner Treue und Mitarbeit, und im übrigen findet jede Verbandskollegin und jeder Verbandskollege den Dank in dem inneren Bewußtsein, seine Pflicht und Schuldigkeit getan zu haben.

Zunächst galt es den Kampf um die Anerkennung der Organisation. Die Unternehmer verweigerten den Arbeitern das Recht, sich zu organisieren. Entlassungen waren vielfach die Folge der Verbotsmaßnahme. Lange hat der Kampf gedauert, bis die Unternehmer sich fügen mußten: Entläßt du heute einen Verbandsmann, so bekommst du morgen wieder einen solchen. In den Jahren 1910 bis 1913 lagten noch die führenden Industrieherrn aus den verschiedenen Industriezweigen, für die unsere Organisation zuständig ist, den Unternehmern: Schließe keinen Tarifvertrag ab. Galt dies nicht in Unterhandlungen mit den Arbeitern ein. Mit dem Abschluß eines Tarifvertrages begibst du dich deiner Rechte und erkennst an, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht in Lohn- und Arbeitsbedingungen haben. Dieser Zustand ist überunden. Ende 1925 konnte unsere Finanzbilanz feststellen, daß wir 521 Tarife abgeschlossen hatten, die 8002 Betriebe erfassen, in denen 618 609 Personen beschäftigt waren; davon 138 898 Kollegen, so daß mehr Personen unter dem Tarifrecht standen, als wir Mitglieder hatten. Das beweist, daß wir noch zu arbeiten haben, um denen, die im Genuß der erteilten Verbandsrechte stehen, die moralische Verpflichtung einzuhämmern, mitzuwirken und mitzuarbeiten und sich nicht nur als die Genießenden zu betrachten.

Inzwischen ist auch das öffentliche Recht zur Anerkennung der Organisation in Deutschland gekommen. Die Verfassung bestimmt, daß die wirtschaftlichen Verbände, das heißt die Gewerkschaften, als Vertreter der Interessen der Arbeiter anzusehen sind. Die Jubiläre in diesem Saale müssen Freude und Genugtuung darüber empfinden, daß dieses Ziel erreicht worden ist. Was man ihnen vor mehreren Jahrzehnten verweigerte, es ist heute Rechtens geworden, und ein widerstrebendes Unternehmertum ist gezwungen worden, sich damit abzufinden. Wir sind gewohnt, viel Kritik zu üben. Es gibt Zeiten, wo wir trotz aller Kritik einräumen haben, daß es vorwärtsgegangen ist. In bezug auf die staatsbürgerlichen Rechte, Kollektionsrechte und insbesondere auf das Recht des Arbeitsverhältnisses sind wir einen ganz bedeutenden Schritt durch den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter vorwärtsgekommen. Was ist der monarchistische Staat für die Arbeiter? Die Republik, die als strenge Mahnerin die gewerkschaftliche Organisation hat, steht und hört die drängenden und mahnenden Stimmen, hilft und trifft Maßnahmen, damit der Arbeitslosigkeit Abhilfe geschieht kann. Und so, gerade so, können wir mit gutem Recht feststellen: Es ist vorwärtsgegangen! und wir müssen das Gelobnis daran knüpfen: Es soll auch ferner vorwärtsgehen! In allen Kämpfen haben die Jubiläre mitgestanden. Wir wünschen Ihnen heute an Ihrem Ehrentage, daß Sie noch fernerhin in diesem Kampfe mit uns stehen werden und weitere Etappen mit uns durchschreiten. Der Redner schloß mit einem Hoch auf den Verband. Ein gemeinsamer Schlusssatz "Die Internationale" bildete den Schluß des Ehrentages.

Rundschau.

Rückgang des Branntweinverbrauchs. Ein dem Reichstag vorgelegter Entwurf eines Spiritusmonopolgesetzes enthält interessante Zahlen über den Rückgang der

Spiritusverzehrung. Einem Erzeugnis von 3 632 000 Hektoliter im Jahre 1913 steht jetzt ein solches von 1 538 000 Hektoliter gegenüber. Die Brennereien können nur 40 Prozent ihres regelmäßigen Brennrechtes ausnutzen. Der Rückgang liegt in der Hauptache daran, daß der Trinkverbrauch, der im Jahre 1913 1 670 000 Hektoliter betrug, auf 500 000 Hektoliter in den letzten beiden Betriebsjahren im Durchschnitt zurückgegangen ist. Deutschland steht nach dem Stande vom Jahre 1925 an der viertniedrigsten Stelle des Trinkbranntweinverbrauchs.

Keine Alkohol-Inferate.

Die berühmte englische politisch-literarische Wochenschrift "Punch" gibt bekannt, daß sie keine Alkoholanzeigen mehr aufnimmt; sie hat alle Verträge mit Bier- und Whiskyfirmen gekündigt. Die gleichfalls in England erscheinende politisch-wissenschaftliche Wochenschrift "Spectator" hat diese Säuberung ihres Anzeigenteils schon vor Jahren vorgenommen; sie tritt zwar nicht für das gesetzliche Alkoholverbot ein, aber sie hält es für unmoralisch, Leute durch Alkoholanzeigen zum Trinken aufzufordern.

Verbandsnachrichten.

Abrechnung der Hauptkasse 2. Quartal 1926.

Table with 3 columns: Einnahme, Ausgabe, Summe. Rows include An Beiträgen, Extrabeiträgen, Protokollen, Don den Zahlstellen mehr eingelangt, Kartothekarten, Bureaubedarf, Bücher und Broschüren, "Proletarier", Gewerkschaftsleistungen, Schreibmaterial, Erbschaften und -arten, Einzelmitglieder, Zurückgezahlte Beträge, Aus dem Vermögensbestand, Zinsen, Ohne Abrechn., Sonstige Einnahmen, Beiträge der Zahlstellen an die Unfallkasse, Zuschüsse von den Zahlstellen zurückgerechnet, Zurückbehaltene Beiträge von den Zahlstellen zurückgezahlt, Summe.

Table with 3 columns: Ausgabe, Summe. Rows include Der Erwerbslosen-Unterstützung: a) an Reliende, b) an Arbeitslose, c) an Kranke, Rechtschutz, Maßregelung, Umzugsgeld, Sterbegeld, Notlage-Unterstützung, Streik-Unterstützung, Anteil von den Beiträgen an die Zahlstellen, Marken und Stempel, Porto, Postgebühren, Telefongebühren, Vorstandsleistungen, Revisionen der Hauptkasse und Zahlstellen, Versicherungsbeiträge, Gehälter, Papier und Druckkosten des "Proletariats", Verbandskosten des "Proletariats", Druckkosten, Schreibmaterial, Versand und Postmaterial, Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Honorar, Buchbindarbeiten, Bureaubedarf, Miete, Licht, Reinigung, Tarifverhandlungen, Konferenzen, An die Gauverwaltungen, Zuschüsse an die Zahlstellen, Arbeiter-Wirtschaftsschulen und Bildungskurse, Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund (Beiträge) (Bildungsfonds), Internationales Gewerkschaftsbund, Sonstige Ausgaben, An dem Vermögensbestand, Verwaltung verschiedener Zahlstellen, Guthaben der Zahlstellen zurückgezahlt, An Vermögensbestand zurück (Zum Ausgleich), Nicht eingegangen, Summe.

Hannover, den 27. Dezember 1926. Karl Thiemig, Vorsitzender. Revisoren: Herm. Hasler, C. Köhler, I. Kaffierer, A. Niemeyer, 2. Kaffierer, C. Gremmel, Jof. Richard.

Literarisches.

Gewerkschafts-Arbeit. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwarg (Jena). Dezemberheft 1926. Verlag Karl Zwarg, Verlagbuchhandlung, Jena, St. Jakob-Strasse 36. Vierteljahresabonnement 3,60 Mk.

Ein Kefer, Jahre des Leidens. Aus der Lebensgeschichte eines protestantischen Geistlichen. Roman von Wilhelm Klammert. Preis broschiert 3,50 Mk., elegant in Halbleinen 5 Mk. Dieser 500 Seiten umfassende, äußerst spannend geschriebene Roman behandelt die Amtszeit eines protestantischen ostpreussischen Pfarrers, der wegen seiner freien Anschauungen vom Berliner Konsistorium seines Amtes entsetzt wurde. Keine frodene, für Wissenschaftler bestimmte Streitschrift hat der Verfasser geschrieben, sondern er erzählt in Form eines künstlerisch gefalteten, hochinteressanten Romanes ein Stück Lebensgeschichte eines Geistlichen, der sich befaßte, ein Reformator zu sein. Keine Phantasiegebilde, sondern wahre Begebenheiten liegen diesem ernsten Werke zugrunde.

Franz Rothensfelder, Stein der Straße. Gedichte, 68 Seiten, 1926. Kommissionsverlag der Verlagsgesellschaft des DGB, Berlin S 14. Ladenpreis 2 Mk., Mitgliederpreis 1,20 Mk. (Der Mitgliederpreis kommt nur in Anrechnung, wenn Bestellungen auf das Buch durch die Verbände, deren örtliche Verwaltungsstellen oder durch die Ortsausschüsse des DGB, aufgegeben werden). Wirtschafts-Informations-Dienst. Schriftleitung Kurt Selbig (Berlin). Novemberheft 1926. Verlag Karl Zwarg, Verlagbuchhandlung, Jena. Monatlich 1 Hef. Vierteljahresabonnement 2 Mk.